

F1 Forderungen der GJ Waldshut Tiengen an Kandidat*innen zur Landtagswahl 2021

Gremium: GJ Waldshut - Sprecher*innen

Beschlussdatum: 09.02.2020

Antragstext

1 Verkehr

- 2 • Zweigleisiger Ausbau der Bahnstrecke zwischen Waldshut und Erzingen sowie
- 3 die komplette Elektrifizierung der Hochrheinbahn
- 4 • Schaffen von ausreichend P+R Parkplätzen
- 5 • einen 30 Minuten Takt für die Regionalbahn von 6 bis 20 Uhr und in den
- 6 Randzeiten 4-6 Uhr und 20-24 Uhr einen 60 Minuten Takt auf der
- 7 Hochrheinbahn
- 8 • Eine kostenlose App für alle Fahrgäste um den Umstieg zu anderen
- 9 Verkehrsmitteln anzumelden. Dies beinhaltet sowohl Busse als auch Züge.
- 10 Bei einer Verspätung muss die*der Fahrer*in des vorgemeldeten
- 11 Verkehrsmittels bis zu 5 Minuten warten.
- 12 • Direkte Umstiegsmöglichkeiten von den Zügen auf Anschlussbusse.
- 13 • Fahrradwege pendler*innentauglich und kontinuierlich ausbauen. Bisher sind
- 14 häufig nur tourist*innentaugliche "Höhenwege" vorhanden, um effizient
- 15 voran zu kommen müssen häufig trotzdem gefährliche Landstraßen genutzt
- 16 werden
- 17 • Ausbau der Bundesstraße B34 mit einem Stadttunnel unter Waldshut
- 18 • Bau von innovativen Lärmschutzmaßnahmen an den Schienen und Straßenwegen

19 Naturbildung

- 20 • Bei der Bepflanzung öffentlicher Grundstücke müssen heimische Obstgehölze
- 21 und Sträucher verwendet werden; keine leblosen Tuja Hecken; Pflanzen mit
- 22 essbaren Früchten sollen vorrangig gepflanzt werden
- 23 • Schulgarten-Projekte müssen ebenso unterstützt werden, Lehrer*innen
- 24 sollten langfristig Wochenstunden für eine Schulgarten-AG bekommen sowie
- 25 für die Anschaffung von Bepflanzung Gelder zu Verfügung gestellt bekommen.
- 26 • Um ein besseres Verständnis für die eigenen Nahrungsmittel zu entwickeln,
- 27 soll jede*r Schüler*in die Möglichkeit bekommen, ein
- 28 Landwirtschaftspraktikum zu machen. Zudem ist anzustreben, dass jede
- 29 Klasse sowohl einen konventionellen als auch einen Biohof besichtigt.

30 Landwirtschaft

- 31 • Verstärkte finanzielle Unterstützung für die Erhaltung/ Schaffung von
- 32 Strukturen und Landschaftselementen, bspw. Sollten wertvolle

33 Streuobstbäume anstelle mit 2,5 € zukünftig mit 25€ pro Baum und Jahr
34 gefördert werden

35 • Stärkere Anreize für eine Fruchtfolge und verbesserte Bodenökologie. (bspw
36 Förderungen für Kulturen wie Soja, Linsen und Mischfrüchte sowie der
37 Förderung der Konservierenden Landbewirtschaftung)

38 • Schaffung einer Weidetierprämie von 50€ pro Mutterschaf und Jahr, denn
39 Wanderschäfer leisten einen wichtigen Beitrag zum Erhalt unserer
40 Kulturlandschaft

41 • Dialog beim Thema Wolf

42 Umweltschutz

43 • Bebauungsverbot für Streuobstwiesen ab einer Fläche von 1500
44 Quadratmetern

45 • Flächenverbrauch drastisch reduzieren, zum Beispiel durch Verbot des
46 Neubaus einstöckiger Gebäude (siehe Einkaufsmärkte, die mit ihren
47 Parkplätzen und Bungalow-Bauten meist über 3000m² beanspruchen)

48 • Bürgerbeteiligte Photovoltaik und Windkraft -Projekte unterstützen (zum
49 Beispiel durch Schaffung von Anlaufstellen die die Planung und Begleitung
50 solcher Projekte unterstützen)

51 • Um die Energiewende voranzutreiben müssen Programme vermehrt Anreize für
52 dezentrale Photovoltaikanlagen schaffen, dazu müssen auch Kommunen
53 angesprochen und unterstützt werden.

54 Bauen

55 • Einfamilienhäuser sind unsozial, daher müssen Bauten in denen außer dem
56 Familienwohnraum auch eine Wohnung integriert ist gefördert werden, in die
57 die Eigentümer umziehen können wenn nach 20 Jahren die Kinder aus dem Haus
58 sind und daher den Wohnraum für neue Familien freigeben können.

59 • Zur Umsetzung des Verbots von sog. "Schottergärten" entsprechend §9 der
60 Landesbauordnung muss die Landesregierung aufgefordert werden sich aktiv
61 an die einzelnen Kommunen zu wenden. Zentral muss erreicht werden, dass
62 auch in der kommunalen Bauordnung und Ausschreibungen das Verbot für
63 Schottergärten verankert wird. Zudem sollen Bauunternehmen aufgefordert
64 bis sanktioniert werden die Realisierung von Schottergärten nicht mehr
65 anzubieten.

66 • Generationenprojekte anregen, alte Menschen ermuntern ihr Haus mit
67 Studierenden zu teilen.

68 Vereine

69 • Vereine können einen entscheidenden Teil dazu beitragen Jugendliche vor
70 Extremismus zu schützen und politisch zu sensibilisieren. Damit dies noch
71 besser gelingen kann muss die Landesregierung noch mehr die Vereine bei
72 der Extremismusprävention unterstützen.

Begründung

Der vorgelegte Entwurf wurde größtenteils aus den Forderungen der GJ Breisgau-Hochschwarzwald übernommen und an die Lage im Landkreis Waldshut angepasst.